

Weltföderation wertet

Erfahrungen der DDR aus

Prof. Budzislowski zum Vizepräsidenten gewählt
Die 9. Vollversammlung der Weltföderation der Wissenschaftler tagte kürzlich in Paris. Während der Vollversammlung wurden drei wichtige internationale Symposien festgelegt. Ein Symposium sozialistischer Länder wird Ende Mai in Varna über die wissenschaftlich-technische Revolution und ihren Einfluß auf die Gesellschaft beraten. Weiterhin soll ein internationales Symposium in Bratislava über die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Technik abgehalten werden. Schließlich befaßt sich die dritte derartige Veranstaltung im Frühjahr 1970 mit Rolle und Aufgaben der jungen Wissenschaftler. Dabei sollen besonders die Erfahrungen der DDR bei der Durchführung der dritten Hochschulreform berücksichtigt werden.
Einstimmig wurde von der Vollversammlung der Weltföderation der Wissenschaftler Nobelpreisträger Prof. Powell als Präsident der Weltföderation wiedergewählt. Als einer der drei Vizepräsidenten wurde Prof. Budzislowski, mit der Karl-Marx-Universität durch seine langjährige Tätigkeit an der Fakultät für Journalistik bis zur Emeritierung eng verbunden, gewählt. Prof. Dr. Heidrich, Rektor der Universität Rostock, wurde Mitglied des Exekutivrates.

„Spektakuläre Gründe“ für Russischstudium

Zitat aus „Die Welt“ vom 20. 3. 1969:
Das Anwachsen der Slowak zu einem „Massenvolk“ in den letzten Jahren ist um so überraschender, weil bis 1961 die überwiegende Mehrheit der Studenten der slowakischen Philologie noch aus der DDR kam, dort hatten sie Russisch auf der Schule als erste Fremdsprache gelernt. Nach dem Bau der Mauer wurde eher mit einer Rückbildung der Lehrkräfte als mit einem schnell wachsenden Zulauf gerechnet. Die Gründe für das Interesse sind unterschiedlich und ihre genaue Analyse spektakulär.
Fortbildungskurse und Wochenendseminare wurden eingerichtet. Außerdem nehmen regelmäßig Lehrer und Studenten an den österreichisch-russischen Sprachseminaren in Eisenstadt und Linz-Weidenbach teil, die im Gegensatz zu den Kursen in Köstgenstein/Tennis und im Hinblick zur Erforschung der UdSSR in München keine politischen Nebenziele verfolgen. Den letztgenannten Einrichtungen haftet in Slowakien-Kreisen ein nie widerlegter Verdacht an, daß dort auch Geheimdienste ihre „Werber“ schicken.
Ob der Optimismus hinsichtlich der österreichischen Kurse voll berechtigt ist – wer weiß. Relativ stimmt sicher, denn daß der westdeutsche Imperialismus besonders hemmungslos, frei von Skrupeln, besonders aggressiv ist, beweisen wir schon lange. Besten Dank für die Bestätigung.

Frauen in der Bundesrepublik

Zitat aus „Die Welt“ vom 16. 4. 1969:
In nur wenigen Berufen haben sie Chancen. In die höheren Positionen stoßen sie erst gar nicht durch. Frauen müssen sich mit den mittleren und niedrigeren Stellungen begnügen... Die Zweifel an der Notwendigkeit einer abgeschlossenen Ausbildung werden durch die von der Gesellschaft verlangten Berufsaussichten noch verstärkt. Nach dem herrschenden Bild von der Frau hat für sie der Beruf nur eine Lückenbüßerfunktion.

Wer das Geld hat, hat auch die Macht

Unvergessen ist der Direktor des Instituts für Wasserbau an der Technischen Universität Westberlin. Daraufhin kamen einige Herren von westdeutschen Monopolen zum Kurator der Universität und erkundigten sich nach dem Verbleib ihrer Gelder, die sie dem Verstorbenen für Forschungen gegeben hatten. Der Kurator wußte von nichts. Auf Journalistenfragen teilte er lakonisch mit, daß es sicher noch mehr „verborgene Geldquellen“ gebe, unerwartete Todesfälle aber selten seien.
Nun ist das brelleide kein Fall von Nachlässigkeit eines Kurators, der wäre für uns höchst uninteressant. Viel mehr ist das ein Beweis für das von uns mehrfach analysierte System der Mehrquellenfinanzierung, die den Monopolen nahezu ungehinderte Verfügungsgewalt nicht nur über ihre eigenen Forschungspotenzien und die Großforschungseinrichtungen des Staates verschafft, sondern auch über das Potential der Universitäten. Da die von den Kulturministerien und vom Bund gezahlten Gelder oft hängen für die Erhaltung der Geräte reichen, müssen die Lehrstuhlinhaber sich nach weiteren – privaten – Geldgebern umsehen, die so mit einem Teil des Gesamtanforderungsbereichs über das gesamte Potential verfügen, also auch die aus Steuermitteln aufzubehaltenden Sach- und Personalmittel ihren Zwecken unterordnen. Denn der Kurator wußte ja nicht bloß nicht, daß das fremde Geld war, er wußte auch nicht, was dort gefordert wird. Das bestimmen die Auftraggeber – und Geheimhaltung nach gegenüber der Leitung der Universität ist dabei oft conditio sine qua non.
Aus diesem Zustand resultiert eine der Forderungen fortschrittlicher Studenten, die unter Demokratisierung der Universität u. a. verstehen, daß sie unabhängig von privaten Geldgebern gemacht werden. Die Antwort der Monopole: Sie schlagen vor, private Universitäten zu gründen! Ms.

Der CDU-Bundesvorsitzende und Sachwalter der Industrieverbände Hans Dichtens fordert am 10. April in Springers „Welt“ im Gegensatz zu den Studenten und den meisten Professoren eine Einschränkung der Hochschulautonomie. Und er führt viele kluge Gründe an, die wir uns erlauben, in aller Knappheit zu beschreiben.
Wir müssen... die Frage stellen: Inwiefern hat die Autonomie der Hochschulen heute überhaupt noch einen Sinn? Die Antwort kann nur lauten: nur insoweit, als sie zweckmäßig ist, die Verwaltung vereinfacht und die Qualität der Entscheidungen verbessert. Die Voraussetzung die Autonomie die

Dichtens läßt die Katze aus dem Sack

Verwaltung der Hochschulen? Offensichtlich nicht. (Jedenfalls macht sie es Außenstehenden, etwa den Monopolen, etwas selbster, Einfluß zu nehmen, als ein monopolistischer staatseigener Universitätspräsident.) – Gewiß müssen wir den Sachverstand des Universitätsvolkes nutzen (Witz – Hans Dichtens und seine Industrieverbände). Professoren und Studenten sollen ein sinnvoll geordnetes Mitspracherecht haben, wie es z. B. die Gesetze über Betriebsräte und Mitbestimmung für die Wirtschaft vorsehen. (Die insgesamt so zielungslos sind, daß die Gewerkschaften seit Jahren um echte, wirksame Mitbestimmung ringen, worauf die Arbeitgeberverbände – Dichtens' Auftraggeber – mit äußerster Brutalität reagieren. Diese Art Mitbestimmung – nicht wirksame – meint Dichtens also offenbar auch für die Hochschulen nicht.) – Aber es ist Sache des Gesetzgebers, die Struktur der Universität und das Verfahren

Bonn betreibt die Spaltung des Studentenverbandes

Aktivitäten der Bonner Regierung vor und nach der 21. VDS-Versammlung in Köln



Osternmorsch 1969 in Stuttgart: Mit Notstands-Methoden gegen die Teilnahme der Ostermorschbezugler
Telefoto: Zentralbild 4094

und die Studenten mit denen gemeinsam geben müssen, die eine Veränderung der Machtverhältnisse anstreben. So kam, was vorher angekündigt: Eine kleine Gruppe Delegierter bildete einen separaten Initiativsausschuß und legte damit den Keim zur Spaltung des westdeutschen Studentenverbandes. Bewußt oder unbewußt erleichterten einige Delegierte die Bonner Spaltpläne. Die überwiegende Mehrheit jedoch war bemüht, die große Kraft einer einheitlich handelnden Studentenbewegung als Teil der demokratischen Gesamtbewegung zu erhalten und zu festigen.
Von ihr wurde klar erkannt, worauf es jetzt ankommt: die Beschlüsse von München 1968 zum Programm des demokratischen Fortschritts auszubauen, die studentische Jugend zusammenschließen und im Bündnis mit allen anderen demokratischen Kräften, besonders der Arbeiterklasse und der Arbeiterjugend, den Kampf gegen das System des Spökitalismus, der Reaktion und der Revanche zu führen.

Der Geldhahn wurde zuge dreht
Man läßt sich etwas mehr als eine Woche Zeit geniert drei. Dann drehte man „den Hahn zu“. Der Bundestag beschloß, daß in Zukunft nur solche Studentenverbände unterstützt werden sollten, die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Das Kabinett entschied, dem VDS sofort die Zuschüsse zu streichen. Da man aber für die Öffentlichkeit eine etwas „legere“ Begründung brauchte als die der Studentenreferenten (siehe oben), ließ es z. B. die Bundesregierung betriebe den VDS nicht mehr als Dachverband aller Studenten, da er sich in Köln gespalten habe (daß das nicht stimmt, sondern vorerst nur von einzelnen Studenten ein Initiativsausschuß gegründet wurde, der die Spaltung vorbereiten soll – was sicher das Bonn). 2. Es sei keine ordentliche Haushaltsführung garantiert, es seien Gelder zweckentfremdet worden (wer weiß schon, daß erst Anfang März der Bundesrechnungshof dem VDS gerade ordnungsgemäße Haushaltsführung bescheinigt hat).
Und: Bonn will das Geld nicht etwa einsparen – das kriegen die „jülichen Hochschulgruppen, die eine (von Bonn) zweckbestimmte Verwendung der Mittel sicherstellen“. Also die Spalter!

Spalter isoliert
Insgesamt sechs Studentenschaften hatten sich in Köln zum „Initiativsausschuß Deutscher Studenten“ zusammengeschlossen. An sich schloß ein klägliches Häuflein angesichts der massiven Bonner Drohungen einerseits und der Bemühungen der Spalter andererseits. Inzwischen stellt sich – jedenfalls bei einigen – heraus, daß die nach Köln delegierten Vertreter dieser sechs Hochschulen zu allem Überfließ gegen den Willen der von ihnen dort repräsentierten Organe und Studentenschaften gehandelt haben. So hat der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD) durch ein Mitglied einer Hochschulgruppe in Bonn Klagen gegen den Alldeutschen Studentenausschuß der Bonner Universität erhoben, weil der Beitritt zum Initiativsausschuß eindeutig in die Kompetenz des Studentenparlaments fällt, das den ASD dazu in keiner Weise ermächtigt hatte. Auch in anderen der sechs Hochschulen werden solche Schritte erwogen bzw. wurde die Entscheidung der Kölner Delegierten für ungültig erklärt.

Nazi-Rüstungsexperte leitet Bonns Raumforschung
Der ehemalige Nazi-Rüstungsexperte Dr. Theodor Benecke soll künftig die verbliebene Luft- und Raumfahrtforschung Westdeutschlands leiten. In einer offiziellen Pressemitteilung werden der „Wendigkeit“ und die Erfahrungen Beneckes als Rüstungsexperte der Nazi-Regierung als Empfehlung für das neue Amt hervorgehoben.
Kriegsminister Gerhard Schröder lobte, daß Benecke bisher die „Partnerschaft“ zwischen Verteidigung und Industrie“ nach Kräften gefördert habe. Diese Kooperation solle er als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der „Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrtforschung“ (DFVLR), einem Zusammenschluß dreier Unternehmen, in diesem Bereich durchsetzen. Die neue Gesellschaft soll als „Berater der Bundesregierung“, insbesondere des Kriegsministeriums, tätig werden.
Die eindeutig militärischen Gesichtspunkte des Einsatzes von Benecke in der Luft- und Raumfahrtforschung unterstrich der Kriegsminister mit den Worten: „Für uns kröpft sich die Hoffnung daran, daß die Zusammenarbeit zwischen der DFVLR und uns, dem Verteidigungsministerium, in Zukunft noch enger und für unsere gemeinsame Sache noch fruchtbarer werden wird.“
An der Spitze eines vom Bonner Kriegsministerium verordneten Lebenslaufes werden Beneckes Stationen als einflußreicher Nazi-Rüstungsexperte aufgeführt: 1936 bis 1939 wissenschaftlicher Assistent bei der Deutschen Versuchsanstalt f. V., 1939 Referent und später Abteilungsleiter für das Gebiet der Abwurfverfahren beim Technischen Amt des Reichsfliegerministeriums, 1942 Fliegerabteilungsleiter, 1944 Fliegeroberstabsingenieur.

Gleiche Brüder
„Da droht der Stellvertreter des Regierungschefs vom Parlament den Studenten... Da erklärt der Rektor einer der größten Universitäten des Landes, es werde sich zeigen, „wer der Herr im Hause ist“. Neue Verordnungen der Regierung besagen: „Die Aufrechterhaltung der Ordnung an den Universitäten obliegt der Regierung, und den ihr unterstehenden Vereinstäten. Die akademischen Behörden haben keinerlei Verantwortung für das, was die Regierung tut.“ – Der Rektor einer anderen Universität fordert seine Dekane auf, bedingungslos mit den Ordnungskräften zusammenzutreten,“ und kündigt ihnen an, daß sie nicht ermächtigt seien, irgendeine Studentenversammlung oder ein Colloquium zu autorisieren. Falls sie eine Versammlung durchführen, müssen sie zuvor die Genehmigung der Behörden unter Vorlage der Tagesordnung einholen. Repräsentanten von Studenten werden diesen Versammlungen nicht beizuhaben können.
Und das Ganze heißt dann regierungs- und parteipolitisch: Wir werden es niemals zulassen, daß in den Aulen unserer Universitäten jene Zülfucht finden, die Unruhe heraufbeschwören und das Vaterland angreifen. Die Aula einer Universität dient einzig und allein der Herausbildung einer Jugend im Geiste der Prinzipien der Ordnung, des Friedens, des Respektes vor dem und auf das Vaterland.“
Kaum zu unterscheiden von den Verhältnissen in Westdeutschland – nein, nein, bisher war nicht von Bonn, sondern von Franco-Spanien die Rede. Am Anfang ging es um den Vizepräsidenten Carrero Blanco. Der danach zitierte Rektor ist der von Barcelona, der zweite der Maßfider, das letzte Zitat stammt vom Zivilgouverneur der Provinz Asturia, zugleich lokaler Chef der „Bewegung“.
Von der Situation an den Universitäten einer offenen faschistischen Diktatur schreiben wir also, aber wie gesagt – so groß ist der Unterschied gar nicht. rom

Der Geldhahn wurde zuge dreht
Man läßt sich etwas mehr als eine Woche Zeit geniert drei. Dann drehte man „den Hahn zu“. Der Bundestag beschloß, daß in Zukunft nur solche Studentenverbände unterstützt werden sollten, die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Das Kabinett entschied, dem VDS sofort die Zuschüsse zu streichen. Da man aber für die Öffentlichkeit eine etwas „legere“ Begründung brauchte als die der Studentenreferenten (siehe oben), ließ es z. B. die Bundesregierung betriebe den VDS nicht mehr als Dachverband aller Studenten, da er sich in Köln gespalten habe (daß das nicht stimmt, sondern vorerst nur von einzelnen Studenten ein Initiativsausschuß gegründet wurde, der die Spaltung vorbereiten soll – was sicher das Bonn). 2. Es sei keine ordentliche Haushaltsführung garantiert, es seien Gelder zweckentfremdet worden (wer weiß schon, daß erst Anfang März der Bundesrechnungshof dem VDS gerade ordnungsgemäße Haushaltsführung bescheinigt hat).
Und: Bonn will das Geld nicht etwa einsparen – das kriegen die „jülichen Hochschulgruppen, die eine (von Bonn) zweckbestimmte Verwendung der Mittel sicherstellen“. Also die Spalter!